

**Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD****Nutzen und Risiken der HPV-Impfung abwägen**

Seit Herbst 2006 können sich Mädchen und Frauen in Deutschland gegen Humane Papillomviren (HPV) impfen lassen. In Deutschland ist die HPV-Impfung allerdings von Anfang an umstritten. Auch in Bremen wurde die Einführung der Impfung kritisch begleitet. Mit einer bundesweit einmaligen, gemeinsamen Erklärung lieferten Ärzteverbände, Gesundheitsbehörden und Gleichstellungsstelle eine vorläufige Grundlage für eine informierte Entscheidung für oder gegen die HPV-Impfung.

Seitdem die Impfstoffe auf dem Markt sind, wird über mögliche Nebenwirkungen, die Kosten sowie die massive und teilweise irreführende Werbekampagne für die Impfung diskutiert. Sie gilt mit 450 € für jeden vollständigen Impfstoff als die teuerste aller Zeiten, die Liste der möglichen Nebenwirkungen, die das Paul-Ehrlich-Institut herausgegeben hat, ist lang. Die Meldungen reichen von Blutgerinnungsstörungen über Schwindel bis hin zu Lähmungen und neurologischen Störungen. Ende 2008 kritisierten 13 namhafte Wissenschaftler/-innen den Impfstoff und beklagten, dass es an unabhängigen Informationen fehle. Der gemeinsame Bundesausschuss der Ärzte und Krankenkassen hatte vor dem Hintergrund der anhaltenden Kritik die Ständige Impfkommission (STIKO) aufgefordert, ihre Empfehlung für die Impfung zu überprüfen.

Bereits bevor die wichtigsten Studien zur Wirksamkeit der Impfung erschienen waren, hatte die Ständige Impfkommission im März 2007 die Impfung für alle Mädchen und junge Frauen zwischen zwölf und 17 Jahren empfohlen. Seitdem haben sich die Impfstoffe zu einem großen Verkaufserfolg für Pharmakonzerne entwickelt. Mehr als eine Million Impfdosen wurden bereits in Deutschland allein von einem Pharmaunternehmen verkauft. Mit Aufklärungsspots, Veranstaltungen an Schulen und Internetkampagnen wird so massiv für die Impfung geworben, dass viele Mädchen und junge Frauen Angst bekommen haben und sich unbedingt impfen lassen wollen.

Nachdem kürzlich in Spanien zwei junge Frauen im Zusammenhang mit Impfungen gegen Gebärmutterhalskrebs mit Komplikationen im Krankenhaus behandelt werden mussten, hat Spanien mehr als 75 000 Dosen des Impfstoffs sofort vom Markt genommen.

Das individuelle Risiko für Frauen, an Gebärmutterhalskrebs zu sterben, beträgt dank der Früherkennungsuntersuchungen in Deutschland und aufgrund des langsamen Verlaufs ca. 0,3 %. Humane Papillomviren werden durch Geschlechtsverkehr übertragen und können am Gebärmutterhals Zellveränderungen hervorrufen. Es gibt viele verschiedene HP-Viren, etwa 15 gelten als potenziell krebserregend. Die Impfung wirkt zu fast 100 % gegen die zwei aggressivsten, die HPV-Typen 16 und 18. Ob infolge der Impfungen andere Viren an deren Stelle treten, ist eine von vielen ungeklärten Fragen, die in den kursierenden „Informationskampagnen“ nicht auftauchen.

Im August 2009 hat die Ständige Impfkommission nach einer umfassenden Literaturrecherche und unter Einbeziehung neuer Daten ihre Bewertung erneuert, dass eine Impfung für alle Mädchen im Alter von zwölf bis 17 Jahren empfehlenswert sei.

Es ist wichtig, dass sich die Forschung kontinuierlich um die Entwicklung neuer Impfstoffe bemüht, weil damit immer die Hoffnung verbunden ist, lebensbedrohliche Krankheiten zu besiegen und deren Verbreitung einzudämmen.

Eine wirksame Impfung gegen Krebs, die zu einer Reduzierung krebsbedingter Todesfälle führt, ist unzweifelhaft ein erstrebens- und unterstützenswertes Ziel. Aller-

dings setzt die Umsetzung dieses Ziels voraus, dass Mädchen und Frauen umfassende Informationen über das Für und Wider der Impfungen zur Verfügung gestellt werden und sie nicht durch die Verbreitung einseitiger Informationen und das Schüren von Angst zur Impfung gedrängt werden.

Vor diesem Hintergrund möge die Bürgerschaft (Landtag) beschließen:

1. Die Bürgerschaft (Landtag) stellt fest, dass die derzeit in den Schulen kursierenden Informationen über die Impfung gegen Gebärmutterhalskrebs nicht ausreichen, um Mädchen und junge Frauen sowie deren Eltern ausreichend über Risiken und Nutzen der Impfung aufzuklären. Der Senat wird aufgefordert sicherzustellen, dass in Schulen in Bremen und Bremerhaven sowie in öffentlichen Einrichtungen keine Werbematerialien für die HPV-Impfung, die vom Hersteller oder von Pharmakonzernen gesponsert werden, verbreitet werden.
2. Die Bürgerschaft (Landtag) kritisiert die flächendeckende Marketingkampagne der Pharmaindustrie, die im Internet, mit Spots, Broschüren und Flugblättern in Schulen und Arztpraxen Mädchen und junge Frauen einseitig informiert und sie dazu animiert, sich impfen zu lassen.
3. Die Bürgerschaft (Landtag) fordert den Senat auf, den Schulen evidenzbasierte Informationen für Eltern und Mädchen zur Verfügung zu stellen.

Doris Hoch,  
Dr. Matthias Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Ursula Arnold-Cramer,  
Dr. Carsten Sieling und Fraktion der SPD